

MIR A. FERDOWSI

ENDE DER STELLVERTRETERKRIEGE?

Die Erosion des Ost-West-Antagonismus und gewaltförmige Konflikte in der Dritten Welt

EINLEITUNG

Die amerikanisch-sowjetische Wiederannäherung nach dem Machtantritt Gorbatschows und die kontinuierliche Behandlung von Regionalkonflikten in der Dritten Welt im Rahmen ihrer bilateralen Gespräche einerseits und die Beendigung einer Reihe von Kriegen in den Krisenregionen des Südens seit 1988 andererseits hat den Eindruck eines direkten Zusammenhangs zwischen dem Entspannungsprozess und dem Ausbruch einer "Friedensepidemie" (1) erweckt, deren Symptome sich wie folgt kurz zusammenfassen lassen:

- die Beendigung des Krieges im Tschad um die Aouzou-Streifen durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen Libyen und der Tschadischen Regierung unter Hissene Habre im September 1987;
- die am 15. Mai 1988 getroffene Vereinbarung über den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan;

- die Bereitschaft Irans, die UNO-Resolution 598 am 22. Juli 1988 anzunehmen und in "Friedensgespräche" mit dem Irak einzutreten;
- die Übereinkunft zwischen Angola, Südafrika und Kuba über den Abzug kubanischer Truppen aus Angola im August 1989 und parallel dazu die Schaffung der Voraussetzungen für die Unabhängigkeit Namibias;
- Vereinbarungen über eine Lösung des Westsahara-Konflikts;
- die Bereitschaft Vietnams, sich bis Ende 1990 aus Kambodscha zurückzuziehen
- Verständigung der nicaraguanischen Bürgerkriegsparteien auf der Grundlage des Arias-Planes vom Februar 1989 und die Einstellung der Kämpfe sowie die Durchführung freier Wahlen im Februar 1990.

Eine genauere Betrachtung der Entwicklung seit 1988 zeigt allerdings, daß die euphorischen Erwartungen, die eine Welle der berechtigten Eindrücke erweckten, "der Friede bricht aus" (2), verfrüht waren. Denn

zweierlei Aspekte deuten darauf hin, daß der Zusammenhang zwischen der Beendigung des Ost-West-Konfliktes und der Bereitschaft der Akteure in der Dritten Welt Regionalkonflikte einer "friedlichen" Lösung zuzuführen, schwächer ist als allgemein angenommen.

Erstens wurden zwar einige Kriege in der Dritten Welt durch Waffenstillstand und Verhandlungen mit einem für die Konfliktbeteiligten zunächst akzeptablen "modus vivendi" beendet bzw. unterbrochen. Da jedoch die Beseitigung der Konfliktsachen meistens auch nur in Angriff genommen wurde, stehen sie immer noch auf der Agenda internationaler wie interregionaler Politik.

Zweitens war die Verhandlungsbereitschaft in den meisten Fällen Ergebnis innergesellschaftlicher Erschöpfung, Kriegsmüdigkeit und nicht selten machtpolitischer Patt-Situationen, die die Akteure zur Einsicht in die Notwendigkeit einer Beendigung des Konflikts zwang, da unter den gegebenen Kräfteverhältnissen der Krieg nicht zu gewinnen gewesen war. Nicht wenige Konfliktbelegungen waren erst dann möglich, als alle beteiligten Parteien ihre Interessen gewahrt sahen. Keiner der "belegten" Konflikte wurde durch einen "Diktatfrieden" der Supermächte ermöglicht. In den meisten Fällen haben sich zwar die externen Akteure zurückgezogen, die Kriege wurden damit jedoch keineswegs beendet.

Diese wenig ermutigenden Beobachtungen sind der Anlaß des nunmehr folgenden Versuchs, jene simplifizierende Sicht zu revidieren, die der Zivilisierung des Ost-West-Konfliktes entweder eine Lokomotivfunktion auch für die Dritte Welt zuweist oder ab erhofft, den "Stellvertreterkriegen" von nun endlich der Treibstoff ausgehen. Es ist eine solche Erwartung blendet zum einen die Tatsache aus, daß das Ende des Ost-West-Konflikts nicht das Ergebnis einer Zivilisierung der Konfliktaustragung war, bei der beide Seiten oder jedenfalls eine auf einer neuen Stufe friedenspolitischer Einsicht angekommen waren, sondern daß dies beruht, daß die eine Macht nicht mehr

Zweitens auf die lange Liste direkter und indirekter militärischer Einmischungen, sowohl seitens der USA zur Eindämmung "kommunistischer Bewegungen" als auch der Sowjetunion zur Unterstützung "marxistisch-leninistischer" Kräfte der "internationalen Befreiungsbewegungen" (5).

Die Destabilisierung, die sich seit Mitte der siebziger Jahre vom Maghreb bis zum Hindukusch hinzieht, hat mit der Rivalität zwischen den Supermächten fast nichts mehr zu tun. Zudem gibt es eine Reihe von Fällen, in denen beide Supermächte zurückstecken und bereit waren, mit Mißerfolgen zu leben - so etwa die Sowjetunion in Ägypten 1973 und in Somalia 1977.

Zwar wurde auch die Dritte Welt durch die erhebliche Erweiterung der internationalen Sicherheitspolitik, die sich aufgrund der Einbeziehung der natürlichen Ressourcen ergab, zunehmend in die allgemeinen westlichen und östlichen Sicherheitskonzeptionen einbezogen. Doch diese, mit der Position der Supermächte und ihrer "Globalstrategien" gerechtfertigten Anliegen harmonierten nur in wenigen Fällen mit den eher "regionalistischen" Interessen vieler Dritte-Welt-Staaten. In nicht wenigen Fällen diente der Ost-West-Antagonismus allenfalls als ideologischer Überbau für Spannungen, die eigenständigen, lokalen Ursachen entspringen. Eine Reihe nationaler Herrschaftseliten reihte sich daher vor allem deshalb aktiv in den Ost-West-Konflikt ein, weil sie auf die Hilfe der Supermächte gegen interne oder externe Kontrahenten bei ihrer Herrschaftssicherung angewiesen waren. Nicht selten räumte der Ost-West-Antagonismus den Eliten der Staaten der Dritten Welt einen gewissen Handlungsspielraum ein, um die Supermächte für die eigenen Zwecke gegeneinander auszuspielen. Manche Länder haben darin eine wahre Virtuosität entwickelt, wenn es um dringlich werdende Rückenstärkung in regionalen Auseinandersetzungen oder um wirtschaftliche Hilfe ging.

Für eine nicht minder große Zahl von Staaten in der Dritten Welt stellte der Ost-West-Konflikt auch eine Einschränkung ihrer An-

tionen dar, da sie nicht selten mit den Supermächten in Konkurrenz um regionale Hegemonie standen und ohne deren Einschaltung ihre Region hätten dominieren können. (6)

Sich für die Entwicklungen in allen Ecken der Welt zu interessieren liegt zwar in der Logik der "Supermachtstellung". (7) Dennoch scheint es verfehlt, durch eine monokausale sicherheitspolitische Betrachtung nicht nur die Kriege in der Dritten Welt als bloße "Stellvertreter-Kriege" aufzufassen, sondern die Dritte Welt als bloßes Objekt der Interessen der Supermächte anzusehen und ihr allenfalls eine Sekundärfunktion im Ost-West-Konflikt zuzuweisen.

Kurzum: die Verabsolutierung des internationalen Faktors und das übertriebene "strategische Denken" unter dem Blickwinkel der Rivalität der Supermächte hatte nicht nur die Konzentration auf bestimmte Teilregionen der Dritten Welt und bestimmte Konflikttypen zur Folge, in denen strategische Interessen von Ost und West, die Rohstoffsicherheit des Westens oder das Prestige und das Image von Staaten und Regierungen auf dem Spiel standen. Sie bewirkte nicht nur eine Militarisierung der internationalen (Ressourcen-) Politik und die Verschärfung der internationalen Konfliktslage. In nicht seltenen Fällen hat gerade eine solche Politik jenen Zustand hervorgeufen, den sie eigentlich hatte verhindern wollen.

Doch das häufige Scheitern des internationalen "Krisenmanagements" der Supermächte im letzten Jahrzehnt legt nahe, daß einer solchen Politik durchaus Grenzen gesetzt waren. Konnten die USA noch bis weit in die siebziger Jahre durch ein erfolgreiches Eingreifen viele Konfliktparteien zum Einlenken zwingen (1965 im indisch-pakistanischen Krieg oder im vierten Nahostkrieg 1973), so haben sich ihre Einflußmöglichkeiten seit dieser Zeit erheblich vermindert. Wenn es auch an Absichtserklärungen nicht gefehlt hat, "alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit es nicht zu Konflikten oder Situationen kommt, die zur Erhöhung internationaler Spannungen führen würden" (8); vermochten die USA nicht, die

israelische Regierung zur Respektierung der klar zu erkennenden amerikanischen Wünsche hinsichtlich des Libanon-Konflikts, des Palästinenser-Problems, des Jerusalem-Status oder der Siedlungspolitik zu bewegen. Die Sowjetunion wiederum konnte Syrien 1976 nicht davon abhalten, im Libanon zu intervenieren, obgleich die Sowjetunion erheblichen diplomatischen Druck auf Präsident Assad ausübte und ihrem Anliegen durch die Reduzierung von Militärberatern und die vorübergehende Einstellung der Waffenlieferungen weiteren Nachdruck verlieh. Wie Israel den USA, so gab auch Syrien der UdSSR unmißverständlich zu verstehen, daß es im Falle eines Interessenkonflikts den eigenen Zielvorstellungen Priorität einräumt. Besonders deutlich wurde der Einflußverlust der Supermächte im iranisch-irakischen Krieg, der wohl einen Wendepunkt in Richtung auf eine größere Verselbständigung von Konflikten in der Dritten Welt markiert hat (9). Gravierender noch als diese Beispiele ist der Umstand, daß beide Supermächte nicht einmal innerhalb ihrer eigenen Lager den Ausbruch von Kriegen verhindern konnten. Indizien hierfür liefern die zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen innerhalb des "sozialistischen Lagers", beispielsweise zwischen Vietnam und Kambodscha, oder zwischen jenen Ländern, mit denen die Sowjetunion enger verbunden war, wie Äthiopien und Somalia, Äthiopien und Sudan, Südjemen und Somalia.

Nicht nur, daß es den Supermächten selten gelang, sich über Lösungen akuter Konflikte zu einigen; je mehr sie dazu übergingen, die wesentlichsten Bestandteile eines Kompromißfriedens unter sich auszuhandeln, desto stärker wurde seitens der jeweiligen Konfliktparteien der Widerstand und desto geringer die Erfolgsaussichten für eine Lösung. Die "Verlässlichkeit" regionaler Verbündeter in der Dritten Welt erwies sich in allen diesen Fällen als begrenzt. Aufgrund dieser ambivalenten Konstellation verwundert es nicht, wenn die Supermächte in der Regel zwar Lösungen blockieren, aber wegen der lokalen Konstellationen ihre Vorstellungen nicht durchsetzen konnten. Sie hatten allenfalls eine "reaktive"

Eingriffsmöglichkeit in Situationen, in denen die Balance vorübergehend gestört war und sie zur Wiederherstellung des Status quo "gerufen" wurden.

JENSEITS DES OST-WEST-KONFLIKTS: DIE INTERNE KONFLIKTDYNAMIK IN DER DRITTEN WELT ALS URSACHE KRIEGERISCHER KONFLIKTE

Diese hier nur ansatzweise skizzierten Indizien für eine zunehmende Emanzipation der Dritte-Welt-Staaten gegenüber der Klientelmacht lassen sich auf mindestens zwei Entwicklungen zurückführen, die seit Mitte der siebziger Jahre zu beobachten waren:

Erstens schwand der Einfluß der Supermächte auf die quantitative und qualitative Expansion der Rüstungsexporte in Dritte-Welt-Staaten (10) durch deren Politik der Diversifizierung von Rüstungsimportquellen (11). Hinzu kommt der Aufbau einer eigenen Rüstungsproduktion in vielen Staaten der Dritten Welt. Diese Entwicklung erhält für die Macht- und Einflußverluste der Supermächte insofern eine entscheidende Bedeutung, als - historisch betrachtet - die Supermächte bzw. die Großmächte nur dort die Einflußmöglichkeiten besaßen, ihre Klientel zur Unterlassung krisenverschärfender Handlungen zu veranlassen, wo sie auch über das Monopol der Waffenlieferungen verfügten. Doch diese Bedingungen waren als Folge des "Prozesses der relativen Autonomisierung" (12) im Falle regionaler Vormächte überhaupt nicht und bei den übrigen Dritte-Welt-Staaten nur noch in relativ wenigen Regionen der Welt gegeben.

Zweitens bildete sich auch in den Regionen der Dritten Welt eine stärkere Differenzierung (13) und Hierarchisierung heraus; einhergehend mit der Formulierung von "Nationalinteressen" bzw. "nationalen Sicherheitsinteressen" und dem Streben nach regionaler Hegemonie. Dabei versuchten Staaten, mithilfe ihrer demographischen, ökonomischen und militärischen Potentiale ihre Region bzw. ihr Umfeld zu dominieren: etwa Brasilien in Südamerika, Mexiko in Mittelamerika, Nigeria in Westafrika, Südafrika im Südlichen Afrika,

Indien in Südasien, Iran im Mittleren Osten, Syrien, Saudi-Arabien, Ägypten, Israel und Irak im Nahen Osten und Algerien im Maghreb.

Noch verhängnisvoller und gravierender für die spätere Entwicklung scheint jedoch das Vorgehen der Kolonialmächte bei der Entkolonisierung zu sein. Denn erst die Balkanisierung ihrer ehemaligen Besitztümer in kleinere Staaten bot die Möglichkeit "aktivistischer Einflußnahme" von "außen" in bi- oder multilateralen Konflikten. Und wie die am meisten von Interventionen betroffenen Regionen Afrika, Naher Osten und Asien zeigen, erfolgten diese nicht einmal vorwiegend durch auswärtige Mächte, sondern in erster Linie durch regionale Akteure: So etwa das Bündnis der libanesischen Schiiten mit dem revolutionären Iran und die Allianz Israels mit den südlibanesischen Christen, die Unterstützung der eritreischen Widerstandsbewegung durch Sudan und die der sudanesischen durch Äthiopien oder die Hilfe Pakistans für den Widerstand gegen die sowjetische Regierung in Afghanistan, die Unterstützung der islamischen Autonomiebewegung in Kaschmir u.v.m.

Es wäre allerdings verfehlt, wollte man die Ursachen innerstaatlicher Konflikte auf Einnischung im Rahmen "regionaler Hegemoniekonflikte" reduzieren. Dieses Erklärungsmuster ignoriert die wachsende Bedeutung sezessionistischer und anderer innerstaatlicher Konflikte in der Dritten Welt und den Umstand, daß seit dem Zweiten Weltkrieg fast die Hälfte aller unabhängigen Staaten der Welt von mehr oder weniger starken ethnischen Konflikten betroffen waren und mehr als fünfzig Völker unter Verfolgung und Unterdrückung leiden (14). Vieles deutet darauf hin, daß es selbst dort, wo die Minderheitenfragen durch die Schaffung administrativer Gliederungen ihre Berücksichtigung fanden, nicht gelang, die komplexen Nationalitätenprobleme zu lösen. So hatte man bereits Mitte der siebziger Jahre von einem "weltweiten Aufstand gegen die bisher für stabil gehaltenen Grenzen, Staaten und Nationen der Dritten Welt" gesprochen (15). Heute droht die Zuspitzung des "Nationalitäten-Konflikts" zur

Überlebensfrage für viele Staaten, nicht nur der Dritten Welt, zu werden, wie die neueren Entwicklungen in den Einflußzonen der Sowjetunion und das Aufbegehren moslemischer Minderheitengruppen in der chinesischen Westregion Sinkiang zeigen.

Doch im Gegensatz zu den siebziger und den frühen achtziger Jahren, als die ethnischen Konflikte in der Dritten Welt etwas abwertend zumeist als "tribalistische" Phänomene verniedlicht wurden, bewirkte die Renaissance des Nationalismus in Osteuropa, daß ethnisches Denken als eine der treibenden politischen Kräfte der Gegenwart und der Zukunft erkannt wurde.

Die zu beobachtende Politisierung "ethnischer Minderheiten" läßt sich allerdings nicht ohne Berücksichtigung des Scheiterns der "State- und Nation-Building-Prozesse" in der Dritten Welt erfassen. Deren wichtigste Prämisse war die aus dem Studium der europäischen Erfahrungen gewonnene Überzeugung, durch die Übertragung der "Nationalstaatsidee" jene assimilatorischen und kommunikativen Prozesse auszulösen, die für die Homogenisierung heterogener Gesellschaften unverzichtbar zu sein scheinen. Doch sowohl die neueren Entwicklungen in (Ost-) Europa, als auch die überaus große Zahl der ethnischen Konflikte in der Dritten Welt scheinen mindestens in dreierlei Hinsicht die "Assimilationsprognose" ad absurdum geführt zu haben:

Erstens erwies sich die Resistenz des ethnischen Identitäts- und Widerstandsfaktors als höher als erwartet, wie die jüngsten Entwicklungen in den asiatischen Teilen der Sowjetunion, in Osteuropa und in der VR-China andeuteten.

Zweitens wurden die im Modernisierungsprozeß selbst angelegten Konflikte und gesellschaftlichen Folgekosten nur unzureichend berücksichtigt.

Drittens wurde in vielen kulturell heterogenen Staaten anstelle einer "automatischen Assimilation" infolge der Modernisierungsprozesse eine Zwangsassimilation verfolgt, mit dem Ziel, Volksgruppen, linguistische

und religiöse Minderheiten dem Mehrheitsvolk zu assimilieren und allmählich zum Verschwinden zu bringen, wobei das Minderheitsvolk bzw. die Volksgruppe durch gezielte staatliche Maßnahmen oder gesellschaftliche Aktivitäten zersetzt und in seiner/ihrer Substanz aufgelöst wird.

Ob der Nationalstaat angesichts der zu bewältigenden Aufgaben als organisatorische Plattform zur Lösung der großen existentiellen Probleme der Menschheit im Bereich von Sicherheit, Ökologie, Ökonomie, demographischem und sozialem Wandel nicht bereits seine kritische Grenze erreicht hat, da er entweder zu groß und schwerfällig oder zu klein und irrelevant geworden ist (16), kann hier nicht weiter problematisiert werden.

Es steht allerdings fest, daß die nachkolonialen Staaten nicht nur mit einem hieraus resultierenden "Legitimitätsverlust", sondern zusätzlich mit drei Hypothesen aus der Kolonialzeit belastet sind, die stets zum Ausbruch von Kriegen beigetragen haben:

Erstens zogen die Kolonialmächte bei der Aufteilung ihrer Kolonialgebiete "künstliche" Grenzen, die sich vom ethnischen, politischen und ökonomischen Standpunkt aus später als problematisch erweisen sollten.

Zweitens neigten die Kolonialmächte dazu, bei der Errichtung ihrer Kolonialherrschaft schon vorhandene Konflikte auszunutzen, um sich sodann in die Position von Vermittlern zu lavieren. Dies erlaubte ihnen in der Regel, eine auch ihren imperialen Interessen dienliche Friedensordnung - "pax colonialica" (17) - zu errichten, in deren Rahmen die Konflikte zwar eingedämmt, aber ihre Ursachen nicht beseitigt wurden.

Drittens hatten die Kolonialmächte - wegen ihrer mangelnden Kenntnisse der historischen Hintergründe dieser Konflikte - keine in die Zukunft weisenden Kriterien, um zu entscheiden, zu wessen Gunsten sie die zahlreichen Konflikte lösen sollten - vorausgesetzt sie wären hierzu gewillt gewesen. So begründeten sie sich mit der für die spätere Entwicklung verheerenden Taktik, jene einheimischen Kräfte zu stützen, die aus E-

geninteresse bereit waren, den inneren Frieden in Zusammenarbeit mit den Kolonialherren aufrechtzuerhalten oder sich ohne größeren Widerstand den neuen Mächten zu unterstellen.

Infolge dieses Mechanismus der "Konfliktkonservierung" während der Kolonialzeit brachen viele dieser Konflikte nach der Entkolonisierung wieder aus - insbesondere dort, wo die politischen und sozialen Konsequenzen des "Nation-Building" noch nicht so weit bewältigt waren, daß die durch sie entstandenen Herrschaftsverhältnisse legitimiert worden wären.

Zweifellos lassen sich viele der zwischen- und innerstaatlichen Kriege in der Dritten Welt auch darauf zurückführen, daß der Kolonialismus - wie kurz skizziert wurde - in vielen Regionen der Welt nicht nur unterentwickelte und deformierte Wirtschaftsstrukturen hinterlassen hat, sondern auch ein in vielen Fällen kaum lebensfähiges, in "verstaatlichte" Einheiten aufgesplittertes Regionalsystem. Ob und welche anderen nicht-territorial-staatlichen Alternativen politischer Organisation nachkolonialer Gesellschaften bestanden haben, müßte, wie E. Krippendorff zu recht bemerkt hat (18), historisch rekonstruiert werden.

Festzuhalten bleibt aber, daß der Begriff "Nation" bzw. "Nationalstaatlichkeit", den die Kolonialmächte oder kleine Führungseliten als Konstitutionsbedingung der zuerkannten Unabhängigkeit - auf der Grundlage kolonialer Grenzen und Verwaltungseinheiten - etablierten, in seiner Auswirkung vielfach den territorialen, ethnischen, religiösen und geographischen Traditionen entgegensteht.

Dieser Umstand ebenso wie die politisch-administrative Parzellierung der Gesellschaften in "Staatsnationen" scheint die Vermutung zu bestätigen, daß in vielen Staaten der Dritten Welt durch die Sezessions- und Grenzkriege möglicherweise jener Prozeß nationaler Konsolidierung nachvollzogen wird, den Europa in den letzten zwei bis dreihundert Jahren durchlaufen hat (19). Denn auch in Europa ist dieser umfassende Prozeß erst "nach schmerzli-

chen historischen 'Lernkosten' in Form von Revolutionen, Bürgerkriegen und Kriegen einigermaßen ausgereift." (20) Erst infolge der territorialen Konsolidierung ist der Nationalstaat zur Ausdrucksform nationaler Ansprüche geworden, was seinerseits zur inneren Konsolidierung der Staaten beitrug (bei Beibehaltung ethnisch-religiöser Unterschiede), wenngleich sich die prinzipiell wichtige Frage stellt, ob ein "Nachvollzug" der europäischen Entwicklung berechtigt bzw. erfolgversprechend wäre. Denn die überaus große Zahl der innerstaatlichen Kriege deutet darauf hin, daß es in den meisten Staaten der Dritten Welt bislang nicht einmal zu einer innerstaatlichen Konsolidierung gekommen ist, so daß eine nicht minder große Zahl der Eliten dieser Staaten sich lange Zeit nur Dank militärisch-politischer Unterstützung durch ehemalige "Mutterländer" oder Anknüpfung neuer "Klientelbeziehungen" zu den Supermächten an der Macht gehalten haben.

PERSPEKTIVEN

Zusammenfassend legen diese kurz skizzierten Sachverhalte wohl die Vermutung nahe, daß die Beendigung des Ost-West-Antagonismus nicht nur jene Erwartungen enttäuschen wird, die von ihr auch eine Transformation kriegerischer Konflikte in der Dritten Welt erhofft haben, sondern - wie neuere Entwicklungen insbesondere in Afrika andeuten - eher den Ausbruch von Konflikten ermöglichen wird. Die Vertreibungen diktatorischer Regime in Liberia, Somalia und Äthiopien sind möglicherweise die Vorboten einer solchen Entwicklung, mit kaum überschaubaren Konsequenzen. Denn mit der Zerteilung Somalias entlang der kolonialen Grenzziehung bis 1960, als der Südtteil des Landes italienisches Treuhandgebiet und der Nordteil als "Somaliland" ein britisches Protektorat war, haben politische Erschütterungen Afrikas erstmals auch Folgen für den territorialen Zusammenhalt eines Staates gehabt. Doch dies wird möglicherweise nicht die einzige

Grenzverschiebung am Horn bleiben, denn die jüngsten Entwicklungen in Äthiopien lassen es möglich erscheinen, daß es demnächst ein separates Eritrea geben könnte.

Obleich bzw. gerade weil die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion im Kontext des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts zu Ende gegangen ist, werden dennoch die interventionistischen Tendenzen in der Weltpolitik eher zu- als abnehmen. Denn insbesondere für die USA könnte die Versuchung ausschlagend sein, in die Rolle des Weltpolizisten zurückzukehren, zumal dies durch die Tatsache erleichtert wird, daß die Gefahr eines nuklearen Weltkrieges nicht mehr gegeben ist. Im Gefolge der Befreiung von dieser disziplinierenden Wirkung des Ost-West-Konflikts und des drohenden Einsatzes der Nuklearwaffen interpretiert Ernst-Otto Czempliel nicht zu unrecht die Kuwait-Intervention der USA als "Paradefall für das, was wir in Zukunft zu erwarten haben: Größere Handlungsfreiheiten der regionalen Mächte auf der einen Seite und auf der anderen dann wahrscheinlich und vielleicht sogar aufgrund dessen auch der Versuch der Vereinigten Staaten, zu einer Weltpolitik zurückzukehren, die sie in den 50er Jahren auch wahrgenommen, aber spätestens seit dem atomaren Patt aufgegeben hatten. Mit dem Ende des Kalten Krieges und Ost-West-Konflikts könnte daher durchaus eine Zeit zunehmender interventionistischer Aktionen ausbrechen" (21).

Kurzum: Trotz aller berechtigten Euphorie über die positiven Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa gehen wir - weltpolitisch und hinsichtlich der Kriege in der Dritten Welt - in der "Post-Ost-West-Konflikt-Ära" keineswegs friedlicheren Zeiten entgegen.

Dr. Mir A. Ferdowski ist Akad. Rat am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München

Quellen: (1) Stanley Hoffmann: Lessons of a Peace Epidemic. In: New York Times vom 6.9.1988. (2) Marion Griffin Dörhoff: Bringt Frieden aus? In: DIE ZEIT vom 12.8.1988 sowie (3) Josef Joffe: Bringt der Frieden aus?

In: Die Süddeutsche Zeitung vom 11.8.1988. (4) Der Text ist abgedruckt in Czempliel, E.-O./Schweitzer, G. (Hrsg.): Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumentarische Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische

Bildung, Bd. 276, Bonn 1989, D 54, S. 338 (5) Die von einer "gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Projektgruppe" unter der Leitung von Georgi Arbatow und Arthur Macy Cox am 5. Mai 1988 in Washington vorgelegte Studie über "Die Erfordernisse stabiler Koexistenz in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen" listet sie für die USA wie folgt auf: Guatemala (indirekt 1954), Libanon (direkt 1958 und 1983), Kuba (Schweinebucht 1961 indirekt, Raketenkrise 1962 direkt), Dominikanische Republik (direkt 1965), Vietnam (direkt 1965-1975), Angola (indirekt 1975 sowie 1984 bis heute), Grenada (direkt 1983), Nicaragua (indirekt 1981 bis heute), Afghanistan (indirekt 1981 bis heute) und Libyen (1986 direkt). Für die Sowjetunion werden folgende militärische Interventionen unter Beteiligung von Streitkräften aufgeführt: Ungarn (direkt 1956), Tschechoslowakei (direkt 1968), Vietnam (indirekt 1965-1975), Angola (indirekt 1974 bis heute), Äthiopien (indirekt 1977-1978), Südjemen (indirekt 1978), Kambodscha (indirekt 1979 bis heute) und Afghanistan (1979 bis heute). Wortlaut des Textes ist abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/1988, S.1264-1274 (6) Siehe ausführlicher hierzu Betz, J./Matthies, V.: Der Ost-West-Konflikt als sicherheitspolitische Herausforderung für die Dritte Welt, in: L. Brock, B. Meyer (Hrsg.), Die Zukunft der Sicherheit in Europa. Jahrbuch der Friedens- und Konfliktforschung, Bd. XI, Baden-Baden 1984, S. 141-157. (7) Bei der Sowjetunion dokumentiert sich dieser Anspruch in dem "Bericht des Zentralkomitees der KPdSU" am XXV. Parteitag, wo es heißt: "Es gibt jetzt wohl keinen Winkel der Erde, dessen Verhältnisse bei der Gestaltung unserer Außenpolitik nicht so oder anders berücksichtigt werden müßten." Siehe die Belage von "Sowjetunion heute", Heft 5/1976, S. 4. Die US-amerikanische Sicht ist am eindrucksvollsten von Verteidigungsminister Weinberger in einer Rede vor dem nationalen Presseklub am 28. November 1984 beschrieben worden. Er sagte u.a.: "...Wir versuchen zwar nicht, alle Konflikte dieser Welt zu verhüten oder zu bereinigen, aber wir müssen uns der Tatsache bewußt sein, daß wir eine Großmacht sind und daß unsere Verpflichtungen und Interessen eine solche Spannweite erreicht haben, daß wir es uns nur noch in wenigen Fällen leisten können, ein Unruhegebiet unbeachtet zu lassen." Amerika-Dienst. Dokumentation. United States of America. Bonn, 5. Dezember 1984, S. 4. (8) So etwa in dem Vertrag über "die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges" vom 22.8.1973 zwischen den USA und der Sowjetunion, abgedruckt in Czempliel, E.-O./Schweitzer, C. Ch. (Anmerk. 4)

D 51, S. 330 (9) Zur Position und Rolle der Supermächte in diesem Krieg siehe Ferdowski, Mir A.: Ursprünge und Verlauf des Iranisch-irakischen Krieges. Forschungsinstitut für Friedenspolitik, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Starnberg 1988. (10) Siehe insbesondere: SIPRI-Rüstungsjahrbuch 4, Waffenausport und Krieg, Reimbek 1984, Teil 3, S. 197-291 sowie Ferdowski, Mir A.: Zum Zusammenhang zwischen Rüstungsexport und Krieg in der Dritten Welt - Versuch der Zerstörung einer Legende, in: Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, Nr. 4/1991 (Hrsg. von der Forschungsstelle Dritte Welt am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München) (11) So waren an den Waffenlieferungen im Iranisch-irakischen Krieg seit 1980 insgesamt 53 Staaten beteiligt, wobei 28 Staaten Rüstungserzeugnisse an beide Länder geliefert haben. SIPRI-Jahrbuch 7, Seite 114/15 (12) Senghaas, D.: Einleitung in: derselbe (Hrsg.): Regionalkonflikte in der Dritten Welt. Autonomie und Selbstbestimmung, Baden-Baden 1989, S. 20 (13) Siehe hierzu Menzel, U.: Der Differenzierungsprozeß in der Dritten Welt und seine Konsequenzen für den Nord-Süd-Konflikt und die Entwicklungstheorie, in: Politische Vierteljahrschrift, Heft 1/1983, S. 31-59 (14) Zu einem Überblick siehe Ludwig, K.: Bedrohte Völker. Nationale und religiöse Minderheiten. Zweite, überarbeitete Auflage, München 1990 (15) Zölch, T.: Von denen keiner spricht. Unterdrückte Minderheiten - Von der Friedenspolitik vergessen. Reimbek 1975 (16) Jänicke, M.: Staatsveragen. Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft, München 1987 (17) Geiss, I.: Historische Voraussetzungen zeitgenössischer Konflikte, in: Fischer-Weltgeschichte: Das Zwanzigste Jahrhundert III, Bd. 36, Frankfurt a. Main 1981, S.54. (18) Krippendorff, E.: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft. Frankfurt am Main 1985, S. 142. (19) Den umfassendsten Überblick über europäische Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert liefert wohl J. Bowle, Geschichte Europas. München 1986. (20) Matthies, V.: Krieg und Frieden in der Dritten Welt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B7/B, 1988, S.14. (21) Czempliel, E.-O.: In: Krieg statt Fortsetzung der Politik? Ein Forum der HSFK zur Golfkrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/1991, S. 164; siehe auch Norman Birnbaum: Pax Americana? in: Der Spiegel Nr. 12 vom 18. März 1991, S. 194-196.